Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Kuhschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 20,— Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 60,— Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 80 Pfg.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 2,— Mk. für auswärtige Besteller mit 2,25 Mk. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 4,50 Mk., für Auswärtige 5,— Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt". Postscheckkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg.

Druck u. Verlag von Otto Roch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 147 — Dienstag, den 27. Juni 1922 — 72. Jahrgang.

Zum Tode Rathenaus.

Die Beisetzung Rathenaus.

Berlin, 26. Juni. Die Reichsregierung hat angeordnet, daß am Beisetzungstage Rathenaus die Reichsgebäude halbmast zu flaggen haben. Die Berliner Gewerkschaften beschlossen gestern abend, an der Beisetzung in corpore teilzunehmen.

Reichstrauer am Dienstag nachmittag.

5 Minuten kein Eisenbahnverkehr.

Berlin, 26. Juni. Wegen der am 27. Juni, 12 Uhr mittags stattfindenden Trauerfeier für den ermordeten Minister Rathenau wird zur ausdrucksvollen Betonung der Anteilnahme der Reichsbahn punkt 12 Uhr mittags auf 5 Minuten der gesamte Zugsverkehr auf den Stationen und Strecken stillgelegt. Die Angabe von anderslautenden Zeiten für diese Stillegung ist ungültig. Die mit Reichsflaggen ausgestatteten Amtsgebäude flaggen am 27. Juni halbmast.

Berlin, 26. Juni. Als Trauerkundgebung für Rathenau hat das Reichskabinett, wie im Reichsrat mitgeteilt wurde, die Anordnung getroffen, daß am Dienstag nachmittag von 2 Uhr ab der Bureaudienst und der Werkstättendienst ruhen sollte, nur der Telegraphen- und Fernsprechverkehr, sowie der Eisenbahnverkehr sollen aufrecht erhalten, aber soweit es der Dienst erlaubt, sollen die Beamten beurlaubt werden.

Die Trauerfeier.

Berlin, 26. Juni. Die Trauerfeier für den Minister Rathenau wird nach den Beschlüssen eines besonders eingesetzten Reichstagsausschusses nunmehr im Plenarsitzungssaale des Reichstages am Dienstag mittag 12 Uhr stattfinden. Die Trauerrede am Sarge wird Reichskanzler Dr. Wirth halten. Wahrscheinlich werden auch Nachrufe des Reichstages und der Landesregierungen erfolgen. Nach Schluß der Trauerfeier wird der Sarg aus dem Reichstagsgebäude getragen und auf einen Wagen gehoben werden, der vor dem Hauptportal warten wird. Der Sarg wird an einer Ehrenkompagnie der Reichswehr vorbei, die den Toten durch präsentiertes Gewehr grüßen wird, über den Königsplatz und um die Säule herumgeführt werden. Hier endet die öffentliche Trauerfeier. Die eigentliche Beisetzung der Leiche in der Rathenau'schen Familiengruft in Oberschöneweide wird nur unter Teilnahme der nächsten Familienangehörigen des Ermordeten stattfinden, da die Familie am Grabe keine öffentliche Feier wünscht.

Das Beileid der sächsischen Regierung.

Die sächsische Regierung hat an den Reichskanzler Dr. Wirth in Berlin folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

Die Botschaft von der Ermordung des Reichsministers Rathenau hat die Regierung des Freistaates Sachsen mit tiefer Trauer und Empörung erfüllt. Nach dem ruchlosen ungesühnten Mord an dem Abgeordneten Erzberger ist jetzt ein neues unerhörtes Verbrechen von nationalistischen Kreisen verübt worden. Noch ist der Anschlag auf den Abgeordneten Scheidemann ungeklärt.

Der Meuchelmord an Rathenau wirkt um so erschütternder, als er einen Mann traf, dessen reiches Wissen anerkannt wurde und der mit festem Willen im Begriff war, den gangbaren Weg für Deutschland aus dem Elend der Kriegsfolgen zu finden. Die Regierung des Freistaates Sachsen ist mit dem Herrn Reichskanzler der Meinung, daß es sich bei den Mordanschlägen um einen wohlangelegten organisierten Plan handelt, der von den nationalistisch-monarchischen Parteien begünstigt worden ist. Sie spricht die Erwartung aus, daß die Reichsregierung alles tun wird, um neue Mordanschläge zu vereiteln und glaubt, daß bei voller Wahrung der Meinungsfreiheit doch alles getan werden muß, um der nationalistischen Hetzarbeit Einhalt zu tun und die geheimen oder offenen staatsfeindlichen Organisationen zu unterdrücken.

Die Regierung des Freistaates Sachsen hat von sich aus bereits alle Vorbereitungsmaßregeln getroffen und ist bereit, die Reichsregierung in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Bestrebungen mit Hilfe der Arbeiterschaft zu unterstützen. Sie spricht der Reichsregierung die herzlichste Teilnahme für den erlittenen schweren Verlust aus und bittet, dies auch der Familie Rathenaus zu übermitteln.

Lipinski.

Die Suche nach den Mördern.

Tillessen und Ixlander in Haft.

München, 26. Juni. Auf Veranlassung der Reichsregierung ist von der Münchner Polizei in München eine Verhaftung vorgenommen worden, die mit der Mordtat an Rathenau in Verbindung gebracht wird. Es handelt sich angeblich um eine sehr bekannte Persönlichkeit. Die Polizei verweigert vorläufig jede Auskunft. Nach weiteren Informationen handelt es sich um die Verhaftung des Obersten v. Ixlander.

Berlin, 26. Juni. Durch die Aussagen von zwei einwandfreien Zeugen ist der Mordverdacht auf zwei bestimmte Personen gelenkt worden. Die Beschreibung des einen Täters, dessen mädchenhaftes Aussehen hervorgehoben wird, paßt auf einen früheren, auswärts wohnenden Offizier. Seine Verhaftung ist telegraphisch verfügt, gleichfalls telegraphisch die Verhaftung eines anderen, auswärts wohnenden früheren Offiziers, der in dem dringenden Verdacht steht, mittel- oder unmittelbar mit dem Mord in Verbindung zu stehen. Endlich [illegible] im Gange. Mit [illegible] sonen, meist frühere Offiziere und [illegible] lin wie auch außerhalb verhaftet worden, die Geheimorganisationen angehören. Die außerhalb Verhafteten werden z. Zt. nach Berlin transportiert.

Berlin, 26. Juni. Heute nacht ist in Flensburg angeblich beim Ueberschreiten der dänischen Grenze der Bruder des als der angebliche Mörder Erzbergers verfolgten Tillessen, der Oberleutnant a. D. Karl Tillessen, verhaftet worden. Die Verhaftung war schon seit einiger Zeit angeordnet, auf Grund der dem Verhafteten nachgesagten Umtriebe zu weiteren Gewalttaten. Die Ueberführung des Verhafteten ist sofort nach Berlin angeordnet worden. Die Polizei nimmt an, daß der Verhaftete mit der Mordtat Rathenau in Verbindung gestanden hat.

Eine merkwürdige Meldung.

Berlin, 26. Juni. Die Frankfurter Kriminalpolizei hat, wie der Frankfurter Generalanzeiger meldet, gegen den Amtsgerichtsrat Dr. Thormaner in Frankfurt bei der Justizbehörde Beschwerde eingelegt, weil er es abgelehnt hatte, den politischen Agenten, von dem der durch den Abgeordneten Wels in seiner gestrigen Reichstagsrede benutzte Bericht über die Vorbereitungen zum Mordanschlag auf Scheidemann und Rathenau stammte, zu vernehmen. Die Kriminalpolizei sei durch diese Ablehnung des richterlichen Vorgehens nicht in der Lage gewesen, rechtzeitig die Schritte zu unternehmen, die möglicherweise zur Verhütung des Mordanschlags auf Rathenau geführt hätten. Inzwischen ist der Agent, der wertvolle Auslagen zu machen gehabt hätte, und der auf einem Gute in Rockenhusen beschäftigt war, verschwunden.

Eine Deutung.

Ein Berliner Telegramm der Rheinisch-Westfälischen Zeitung berichtet: Wie verkehrt es ist, von vornherein in der politischen Haltung gegenüber diesem Mord sich beeinflussen zu lassen, lehrt die Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten, daß die Fährte auch auf Kreise zaristisch-russischer Elemente zurückführt. Das ist eine Möglichkeit, die durchaus besteht, da ja bekanntlich durch den Abschluß des Rapallo-Vertrages die reaktionären russischen Kreise außerordentlich beunruhigt sind.

Die französische Presse lehnt die Verantwortung ab.

Paris, 26. Juni. Die französischen Blätter veröffentlichen spaltenlange Berichte über die Ermordung Rathenaus und die Lage in Deutschland. Die nationalistischen Organe bemühen sich, das Verbrechen vom Sonnabend für ihre Zwecke auszubeuten und ein rücksichtsloses Vorgehen gegen Deutschland als unbedingte Notwendigkeit zu bezeichnen. Die Organe der Linken betonen ihre Sympathien für die deutsche Republik und äußern die Hoffnung, daß der Tod Rathenaus die deutsche Linke zur entscheidenden Bekämpfung der Reaktion veranlassen werde.

Der Berliner Korrespondent des Echo de Paris berichtet, Dr. Wirth habe ihm am Sonnabend bei einer zufälligen Begegnung im Reichstag zugerufen, warum Frankreich die deutschen Demokraten nicht ermutige, sondern durch unerfüllbare Forderungen so großen Haß erregt habe, daß die anständigen Menschen heute in Deutschland nicht mehr leben dürfen. Die Aeußerung Wirths, die die Blätter gestern morgen veröffentlichten, hat hier viel Beachtung gefunden.

Der Temps antwortet auf die Aeußerung Wirths, das Wüten gewisser republikanischer Publizisten in Berlin gegen Frankreich sei nicht geeeignet, in Paris Neigung zur Schonung Deutschlands zu wecken. Man könne nicht zulassen, daß der Kanzler Wirth auch nur indirekt Frankreich für das scheußliche Verbrechen verantwortlich mache. Das Blatt gibt aber doch den Franzosen zu bedenken, daß ein großer Teil des deutschen Volkes leide, und daß die Hetze der Monarchisten bei Leuten, die nicht genug zu essen haben, notwendig auf fruchtbaren Boden falle.

Der Petit Parisien fragt, ob denn überhaupt ein Zugeständnis Frankreichs denkbar sei, das die Monarchisten abhalten könnte, die deutschen Republikaner für Feinde des Vaterlandes zu halten.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der Reichspräsident ist Montag früh aus Freudenstadt wieder in Berlin eingetroffen. Nach seiner Rückkehr fand sofort eine Rücksprache des Reichspräsidenten mit dem Reichskanzler, den Ministern des Innern und der Justiz über die Ausführung der bereits veröffentlichten Verordnung statt. Die Verordnungen sind gestern früh verkündet worden und damit in Kraft getreten.

* Wie die Unabh. Volkszeitung erfährt, hat die sächsische Regierung bei der Reichsregierung den Rücktritt des Reichswehrministers Geßler gefordert.

* Wie nach dem „B. T." verlautet, haben die Unabhängigen mit beträchtlicher Mehrheit beschlossen, unter gewissen Bedingungen in die Reichsregierung einzutreten.

* Das preußische Ministerium des Innern hat den Film „Hindenburgs Reise in Ostpreußen" mit sofortiger Wirkung verboten.

* Sämtliche Verkehrsbeamten Deutsch-Oesterreichs sind am Sonnabend abend wegen Nichtannahme ihrer Forderungen auf Lohnerhöhung in den Streik getreten. Die Zahl der Ausständigen schätzt man auf 140 000.

* „Basler Anzeiger" meldet aus Straßburg: Für die Neuanlage von Befestigungen im französischen Rheingebiet verlangt der neue französische Etat als erste Rate 780 Millionen Franken.

Deutscher Reichstag.

Zwei kurze Sitzungen.

Berlin, 26. Juni.

Am Regierungstische Reichsarbeitsminister Brauns. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12,20 Uhr.

Eine Interpellation Dr. Reichardt (Dnatl.), die sich gegen die dauernden Erhöhungen der Eisenbahngütertarife richtet, wird in der vorgeschriebenen Frist beantwortet werden, ebenso eine Interpellation Dr. Petersen (Dem.), die Aufklärung über die Kriegsschuldfrage verlangt.

Das Wohnungsgesetz wird bis zum 31. März 1923 verlängert, der Kündigungsschutz für Schwerkriegsbeschädigte bis zum 1. Januar 1923. Das Gesetz zur Erhöhung der Patentamtsgebühren wird angenommen.

Es folgt das Gesetz zur Verlängerung der Pachtschutzordnung. Danach wird die Oberlandesbehörde ermächtigt, Pachteinigungsämter zu errichten. Die Vorlage dient in erster Linie dem Schutze der kleinen Pächter. Den Bericht des Ausschusses erstattet Abg. Schiele (Dnatl.). Er stellt fest, daß der Entwurf die Verlängerung bis zum 30. September 1924 vorsieht. Der Ausgleich der Geldentwertung soll nicht schematisch vorgenommen, sondern durch Sachverständige der Pachteinigungsämter individuell behandelt werden.

Reichsarbeitsminister Brauns teilt mit, daß seit Monaten eine Enquete über die Pachtverhältnisse im Gange ist. Es sollen also Grundstücke bis zu 10 Hektar unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen.

Abg. Dr. David (Soz.) weist darauf hin, daß die Siedlungsgesetzgebung große politische Bedeutung hat, besonders im Rheinlande. Der Pachtschutz sei notwendig im sozialen Interesse.

Abg. Hermann (Zentr.) bezeichnet die Pachtschutzordnung als ein dringendes Erfordernis der Zeit. Das Gesetz liege auch im Interesse der Produktionsförderung. Streitigkeiten müssen möglichst schiedsgerichtlich erledigt werden.

SLUB
Wir führen Wissen.